Abendausgabe

Nr. 576
B 285
44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

*

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Dienstag
6. Dezember 1927

10 Pfennig

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Ein drohender Steuerbetrug.

Der Bürgerblock will die Lohnsteuerzahler prellen. — Schärfster Widerstand der Sozialdemokraten. — Die Sitzung des Steuerausschusses gesprengt.

Seit Monaten steht die Senkung der Lohnsteuer zur Diskussion. Sie muß nach dem Gesetz zur Beschränkung des Aufkommens der Lohnsteuer vom Jahre 1925 der sogenannten Lex Brüning zum 1. Januar 1928 erfolgen, da der Ertrag der Lohnsteuer in dem letzten Halbjahr 600 Millionen wesentlich überschritten hat. Seit dem 13. Oktober liegt der sozialdemokratische Antrag vor, der den lohnsteuerfreien Betrag um 40 M. monatlich erhöhen will. Die Reichsregierung hat stets anerkannt, daß sie verpflichtet ist, einen Gesetzentwurf zur Ausführung der Lex Brüning vorzulegen. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat sogar wiederholt erklärt, es sei für ihn selbstverständlich, daß die Regierung dem nachkomme und die Vorlage rechtzeitig bringen werde. Dies Versprechen ist aber nicht ausgeführt worden. Es bedurfte sogar erst einer offiziellen Mahnung der sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerausschusses, um zu erreichen, daß der Steuerausschuß endlich zum 6. Dezember einberufen wurde.

Bei Beginn der heutigen Sitzung, der der Reichsfinanzminister Dr. Köhler trotz ihrer großen Bedeutung nicht beiwohnte, erhob sich der Staatssekretär Dr. **Popitz**, um im Namen der Reichsregierung um die

Vertagung der Beratung des sozialdemokratischen Antrages

zu bitten. Die Reichsregierung wolle einen eigenen Entwurf einbringen. Er sei gestern vom Kabinett verabschiedet worden und dem Reichsrat zugegangen. Die Beratung solle im Reichsrat am Freitag beendet werden, so daß der Entwurf in der nächsten Woche vorliegen könne. Es sei deshalb zweckmäßig, wenn der Steuerausschuß die Beratung der Lohnsteuer bis dahin aussetze.

Ueber diesen Vorschlag entspann sich eine **heftige Geschäftsordnungsdebatte.** Als erster Redner erhob gegen das Verlangen der Reichsregierung der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. **Herz** schärfsten Protest. Das Verlangen nach der Vertagung der Beratung sei sachlich in keiner Weise gerechtfertigt. Angesichts der Tatsache, daß die Reichsregierung die Einbringung einer eigenen Vorlage seit Monaten verzögert habe, sei schärfstes Mißtrauen angebracht. Man müsse fürchten, daß damit die rechtzeitige Senkung der Lohnsteuer gefährdet werde. Die Hinauszögerung der Beratung sei nur ein parteitaktisches Manöver der Regierungsparteien, die mit der Senkung der Lohnsteuer andere Pläne verfolgen, die die Kritik der Oeffentlichkeit zu scheuen haben. Man wolle

mit den Lohnpfennigen der Lohn- und Gehaltsempfänger die Einkommensteuer und die Vermögenssteuer abzubauen.

Daher suche man den Inhalt des neuen Gesetzentwurfs zu verheimlichen und habe nicht einmal die Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten unterrichtet. Die Sozialdemokratie bestehe auf der sachlichen Beratung ihres Lohnsteuerantrages und könne keine Verantwortung für die Folgen übernehmen, die aus der Hinausschiebung der Beratung entstehen.

Abg. Dr. **Fischer** (Dem.) schloß sich den Anschauungen der Sozialdemokraten an und verlangte von der Reichsregierung Mitteilungen über den Inhalt ihres neuen Gesetzentwurfs.

Staatssekretär Dr. **Popitz** lehnte das schroff ab und versicherte, der Regierung sei es ernst mit der Lohnsteuersenkung, allerdings sei ihre Durchführung schwieriger, als die Sozialdemokraten sie sich vorstelle.

Abg. **Keil** (Soz.) zog aus dem bisherigen Verlauf der Geschäftsordnungsdebatte die Schlußfolgerung, sie **müsse das sozialdemokratische Mißtrauen gegen die Rechtsregierung aufs äußerste steigern.** Das Vertrauen sei nie groß gewesen, aber das brüske Verhalten, das die Reichsregierung heute an den Tag gelegt habe, sei dennoch nicht erwartet worden. Das Vorgehen der Sozialdemokraten, durch einen Initiativantrag die Senkung der Lohnsteuer durchzuführen, sei durchaus verfassungsmäßig. Auch ohne vorherige Stellungnahme des Reichsrats könne der Reichstag den Antrag beraten, ja, sogar beschließen. Der sozialdemokratische Antrag biete auch keine besonderen Schwierigkeiten. Wenn die Reichsregierung solche Schwierigkeiten erwartet, so könnten sie nur in der Regelung enthalten sein, die sie selbst plane. Die Senkung der Lohnsteuer allein bietet für solche Schwierigkeiten keinen Raum. Nur wenn man die Senkung des Tarifs damit verknüpfe, können sie entstehen. Unser Mißtrauen wird ferner gestärkt durch die Nichtvorlegung des für den Zusammentritt des Reichstags versprochenen Gesetzentwurfs zur Nacherhebung der im Ergebnis von 1926 fehlenden 41 Millionen Vermögenssteuer. Aus allen diesen Gründen gehe hervor, daß **die Regierung gefährliche Absichten habe, die Sozialdemokratie** müsse deshalb auf ihrem parlamentarischen Recht der Beratung ihres Antrags bestehen.

Nachdem Abg. **Brüning** (Z.) in einer kurzen Erklärung versichert hatte, daß er keine Gefährdung der rechtzeitigen Ausführung der Lohnsteuersenkung befürchtet und deshalb mit der Vertagung einverstanden sei, ergriff

Abg. **Keil** (Soz.) noch einmal das Wort. Es sei eine parlamentarische Anstandspflicht, die Minderheit über die Absichten der Reichsregierung zu unterrichten. Das könne die Sozialdemokratie als stärkste Partei des Reichstages mit Fug und Recht verlangen.

In der Verweigerung der Auskunft müsse man eine bewußte Brüskierung der Minderheit erblicken, die die stärkste Fraktion des Reichstags nicht widerstandslos hinnehmen werde.

Wenn die Weigerung des Staatssekretärs Popitz, keine nähere Auskunft zu erteilen, auf dem fehlenden Auftrag beruhe, so müsse der Reichsfinanzminister Köhler persönlich im Ausschuß erscheinen. Er stelle einen dementsprechenden Antrag.

Die folgende Bemerkung des Staatssekretärs Dr. **Popitz**, es liege doch eine Situation vor, die „ganz klar" ist, ruft bei der Opposition große Heiterkeit hervor. In dunklen Andeutungen gibt Popitz dann zu verstehen, daß der Gesetzentwurf der Reichsregierung neben einer offen sehr dürftigen Senkung der Lohnsteuer auch die **Senkung des Tarifs für die höheren Einkommen enthält.** Irgendwelche positiven Mitteilungen aber macht er nicht.

Abg. Dr. **Hilferding** (Soz.) weist deshalb nochmals darauf hin, daß die Weigerung der Reichsregierung, Auskunft zu geben über einen Entwurf, der bereits dem Reichsrat zugegangen sei, in schärfstem Widerspruch zu ihrem sonstigen Verhalten stehe,

den Unternehmern gegenüber nie angewendet und nur bei den Lohn- und Gehaltsempfängern als fadenscheiniger Vorwand benutzt werde.

Die Sozialdemokratie werde gegen diesen Versuch, das Parlament unter einen unsachlichen Druck zu setzen, den schärfsten Widerstand leisten.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag, der Reichsfinanzminister Dr. Köhler möge sofort vor dem Ausschuß erscheinen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten **abgelehnt** und mit der gleichen Mehrheit die Vertagung der Beratung der Lohnsteuer beschlossen.

Abg. Keil (Soz.) gibt darauf die Erklärung ab, daß der gefaßte Beschluß allen parlamentarischen Sitten widerspreche und die Sozialdemokratie deshalb an den weiteren Beratungen des Ausschusses nicht teilnehmen werde.

Die sozialdemokratischen Mitglieder verlassen daraufhin den Saal, die Kommunisten schließen sich an.

Die Vertreter der Regierungsparteien blieben betroffen zurück und entschlossen sich nach kurzer Ueberlegung, die Sitzung aufzuheben.

Der Mißtrauensantrag im Reichstag.

Heute nachmittag, voraussichtlich um 6 Uhr, findet im Reichstag die Abstimmung über den sozialdemokratischen und den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung statt. Die Demokraten haben beschlossen, für die Mißtrauensanträge zu stimmen.

Marx antwortet Otto Braun.

Ausweichend wie immer. — Bürgerblock über alles!

Auf das Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten vom 30. November hat der Reichskanzler folgende Antwort gegeben:

Berlin, den 5. Dezember 1927.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 30. v. M. bezüglich des Telegramms der Herrn Reichsministers des Innern Dr. Keudell an den Vorstand der deutschen Studentenschaft.

Zunächst weise ich gegenüber Ihrer Behauptung, daß es sich um eine „starke Brüskierung" und einen ostentativen Angriff gehandelt habe, darauf hin, daß **die Wortfassung des Telegramms in keiner Weise als agressiv bezeichnet werden kann und auch keinerlei amtlichen Zusatz und Charakter getragen hat.** Außerdem liegt mir daran, namens der Reichsregierung festzustellen, daß Herrn Minister v. Keudell ein Angriff gegen die Person des Herrn Staatsministers Dr. Becker oder gar eine Kränkung völlig ferngelegen hat.

Die Reichsregierung glaubt sich im übrigen mit Ihnen, Herr Ministerpräsident, darin einig zu wissen, daß Abgeordneten lediglich deshalb, weil sie gleichzeitig ein hohes Staatsamt bekleiden, eine nach der Verfassung jedermann zustehende politische Meinungsäußerung, sofern sie sachlich gehalten ist, nicht verwehrt werden könne. Hinzukommt, daß es sich bei dem Telegramm um eine Meinungsäußerung zu einer Frage handelt, die von der preußischen Staatsregierung selber nicht im Wege einer Entscheidung gelöst, sondern der Abstimmung und damit der Oeffentlichkeit unterbreitet war.

Selbstverständlich kann in solchen Fällen die Entscheidung, ob ein persönlicher oder politischer Akt beabsichtigt ist, oft schwierig sein. **Die Reichsregierung erklärt deshalb, daß das Telegramm keinen Schluß auf die Ansichten der Reichsregierung zuläßt, die zu den in Frage stehenden studentischen Problemen überhaupt nicht Stellung genommen hat.**

Sie können, Herr Ministerpräsident, davon überzeugt sein, daß ich wie bisher alles daran setzen werde, **ein möglichst reibungsloses und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reich und Preußen zu ermöglichen.** Gerade aus diesem Grunde bedauere ich aber die Veröffentlichung Ihres Briefes, die kaum eine Stunde nach seiner Abgabe bei mir seitens der preußischen Staatsregierung erfolgt ist, so daß z. B. die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts von ihm zunächst aus den Tageszeitungen Kenntnis bekamen. Eine solche Veröffentlichung hat die Reichsregierung in Fällen, die ohne Zweifel viel schwerwiegender lagen, stets vermieden. **Aus den gleichen Motiven heraus sehe ich mich auch außerstande, auf den nach Form und Inhalt ungewöhnlichen Schlußsatz Ihres Briefes einzugehen.**

Angesichts der Veröffentlichung Ihres Briefes sehe ich mich selbstredend im vorliegenden Falle genötigt, auch das Schreiben der Reichsregierung der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr
Dr. Marx.

Die Antwort des Reichskanzlers ist eine treue Widerspiegelung der Haltung, die er zur Schau trägt, seitdem er der Reichskanzler des Bürgerblocks geworden ist. **Um der Person des Herrn von Keudell und um der Zusammenarbeit**

Der Anschlag der Scharfmacher

Entscheidende Verhandlungen.

Bochum, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Unmittelbar nach den Parteiverhandlungen am Mittwoch in Essen über die Lohn- und Arbeitszeitregelung in der Metallindustrie, nordwestliche Gruppe, wird die Regierung zu Verhandlungen unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers nach Berlin laden.

Sie fangen schon an!

Köln, 6. Dezember. (Mtb.)

Wie die „Kölnische Volkszeitung" meldet, beabsichtigt der Adler-Konzern die bisher in seinem Besitz befindlichen Zechen „Johann Deimelsberge" in Steele, „Adler" in Kupferdreh und „Zentrum IV—VI" in Leithe-Kray stillzulegen und die Belegschaft, sofern sie sich nicht damit einverstanden erklärt, daß die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wird und gleichzeitig eine Lohnkürzung von 5 bis 7 Proz. stattfindet, zu entlassen. Von dieser Maßnahme würden 3500 Bergarbeiter betroffen werden.

der Deutschnationalen willen deckt er namens des Reichskabinetts Dinge, die nicht zu decken sind.

Er findet alles harmlos. Er hat das Verhalten des Herrn v. Keudell im Kapp-Putsch harmlos gefunden, er wird sein eigenes Verhalten im Falle Treskow für ganz harmlos halten und er findet nichts bei der Tatsache, daß der Reichsinnenminister durch ein Telegramm Studenten aufmuntert, in ihrer Fronde gegen die Staatsautorität fortzufahren.

Das Telegramm des Herrn v. Keudell war eine offene Aufmunterung der protestierenden Gruppen gegen den Kultusminister Becker. Es war eine Einwirkung auf den Wahlkampf gegen den preußischen Kultusminister durch den Kultusminister des Reiches, und es wurde von den Adressaten als eine Amtshandlung aufgefaßt. Das soll nicht agressiv sein?

Herr Marx verspricht, daß er für vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der preußischen Regierung sorgen werde, aber er läßt Herrn Keudell ungehindert eine Affäre nach der anderen provozieren, die diese Zusammenarbeit schließlich unmöglich machen muß.

Immerhin: man konnte von Herrn Marx nichts anderes erwarten. Er ist so gut wie seine eigene Partei der Gefangene des Bürgerblocks und der den Bürgerblock führenden Partei, der Deutschnationalen.

Deutsche Treue ...

Der Stern im Sinken.

Als Sprachrohr des völkischen „Nationalverbandes deutscher Offiziere" erscheint in Berlin eine Zeitschrift, die sich „Deutsche Treue" nennt. Ihr Herausgeber ist der frühere Major Hans von Sodenstern, im Nebenberuf auch leitender Redakteur der Claßschen „Deutschen Zeitung".

In dieser „Deutschen Treue" erschien zum Revolutionstag am 8. November ein Artikel, der für die alten Landesfürsten und alten Reichsfarben Treue forderte, denn:

„Eine durch **Verbrechen, Rechtsbruch, Empörung** und **Verrat**, durch **Revolution** und **Usurpation** entstandene Staatsordnung und die von einer solchen dekretierte und **oktroyierte Weimarer Verfassung entbehrt jeder wirklichen Rechtsgrundlage** und kann deshalb auch keine neue Staatsordnung schaffen."

Der Berliner Polizeipräsident hat wegen dieses „Festartikels" das Blatt auf Grund des Republikschutzgesetzes verboten. Jetzt bringt es nun in seiner neuesten Ausgabe, nachdem die Dauer des Verbots auf drei Wochen eingeschränkt worden war, folgende Erklärung:

„Ich erkläre, daß dem Verlage und der Schriftleitung der Zeitschrift „Deutsche Treue" **jede Absicht der Verunglimpfung oder Herabsetzung der republikanischen Staatsform ferngelegen hat**, daß die Veröffentlichung des Artikels „Treulose" in Nr. 43 der Zeitschrift „Deutsche Treue" ohne genaue Prüfung erfolgt ist und daß Schriftleitung und Verlag Vorsorge treffen werden, daß derartige, das Gesetz verletzende oder **die republikanische Staatsform herabsetzende Artikel nicht mehr erscheinen** werden.

gez. Hans v. Sodenstern, Major a. D."

Verlag und Schriftleitung der „Deutschen Treue" gemeinsam fügen noch hinzu:

„Der Verfasser des Aufsatzes „Treulose", Oberst a. D. v. d. Decken, hat der Schriftleitung mitgeteilt, daß er weder die Absicht gehabt habe, die verfassungsmäßige Staatsform zu verunglimpfen oder herabzusetzen, noch den in der Reichswehr dienenden oder gedient habenden Kameraden Vorwürfe zu machen."

Der Schimpfartikel über die Revolution und die Weimarer Verfassung ist also nur aus Versehen aufgenommen, aus Versehen geschrieben und erdacht worden. Eigentlich sollte er eine Hymne auf die Republik werden, und es ist nur ein Mißverständnis, daß er so falsch gelesen werden konnte.

Der „Nationalverband deutscher Offiziere" und seine „Deutsche Treue" stehen unentwegt und treu zu Kaiser, König, Fürst, Republik und Demokratie! Sie preisen die Polizei, die durch ihren Eingriff das Mißverständnis rechtzeitig aufklärte und ihnen Gelegenheit gab, ihre deutsche Treue wieder ins Gleichgewicht zu bringen!

Litwinow abgereist.

Die Verhandlungstür bleibt geöffnet.

Genf, 6. Dezember.

Der stellvertretende russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, hat heute vormittag mit dem Berliner Zug Genf verlassen.

London, 5. Dezember. (Eigenbericht.)

Der „Daily Herald" stellt in einem Kommentar zu der Genfer Zusammenkunft fest, daß niemand von einer kurzen Unterredung eine Beilegung der Schwierigkeiten erwarten könne. Die Tatsache, daß diese Unterredung überhaupt stattgefunden habe, sei das Entscheidende. Es sei von gegenseitigem Vorteil, wenn dieser inoffiziellen Aussprache möglichst bald offizielle Verhandlungen zum Zwecke der Wiederaufnahme der Beziehungen folgen würden.

Eröffnung der Ratstagung.

Inmitten der Besprechungen der Außenminister ist die 48. Ratstagung ohne Ansprachen begonnen worden. Zum Leiter der Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats wurde an Stelle des auf Befehl seiner Regierung ausscheidenden bisherigen Leiters, eines Spaniers, der Norweger Colban ernannt, der bisher im Sekretariat eine sehr wichtige, für Deutschland jedoch nicht immer sehr günstige Rolle als Referent für unsere abgetretenen Gebiete, für Minderheiten usw. spielte.

Der rumänisch-ungarische Optantenkonflikt wurde aufs neue vertagt. Es sind an Stelle eines Schiedsspruches Verhandlungen in Aussicht genommen.

Portugal hat gebeten, ihm eine internationale Anleihe zu verschaffen.

Der Moskauer Parteitag.

Sonderkommission gegen die Opposition.

Moskau, 5. Dezember.

An dem 15. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nehmen 887 Delegierte mit beschließender und 725 mit beratender Stimme teil. Nach der Eröffnungsansprache Rykows wählte der Parteitag einstimmig das Präsidium, dem 52 Mitglieder, darunter Stalin, Rykow, Kalinin, Bucharin, Woroschilow, Molotow, Tomski, Ordschonikidse, Kossior, Menschinski und andere angehören.

Der Parteitag bestätigt einstimmig folgende Tagesordnung: Bericht des Zentralkomitees (Referenten Stalin und Kossior), Bericht der Zentralkontrollkommission (Ordschonikidse), Bericht der Delegation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (Bucharin), Direktiven zur Ausarbeitung eines fünfjährigen Volkswirtschaftsplans (Rykow und Krschischanowski), über die Arbeit auf dem flachen Lande (Molotow), Wahlen für die Zentrale der Parteiinstitutionen.

Der Parteitag wählte eine Sonderkommission von 63 Mitgliedern zur Prüfung der Frage der Opposition.

Stalins Perspektiven.

Den politischen Bericht des Zentralkomitees auf dem 15. Parteitage begann Stalin mit dem Hinweis auf die „wachsende Krise des Weltkapitalismus". Er erklärte: Obwohl die kapitalistische Wirtschaft ihre Vorkriegsnormen erreichte und teilweise sogar überschritt, kann der Kapitalismus doch nicht zur Stabilität der Vorkriegszeit zurückkehren, da die Entfaltung der Produktion und des Handels auf das Problem des Weltmarktes stößt. Gegende hieraus erwächst die tiefste und schärfste Krise des Weltkapitalismus, die die Gefahr neuer Kriege in sich birgt und die Existenz jeder Stabilisation bedroht.

Es bleibt ein einziger Weg für den Kapitalismus: die Neuaufteilung der Kolonien und der Einflußsphären auf gewaltsamen Wege, auf dem Wege militärischer Zusammenstöße.

Stalin erklärt, daß die zahlreichen Versuche „friedlicher Beilegung" heranreifender Kriegskonflikte in den letzten zwei Jahren sich lediglich als eine Verschleierung von Vorbereitungen der Mächte zu neuen Kriegen erwiesen hätten. Stalin fragt: Zeugt nicht die gesamte Tätigkeit des Völkerbundes auf dem Gebiete der Abrüstung und beispielsweise die Aufnahme, die die Erklärung Litwinows über wirkliche Abrüstung gefunden hat, nicht davon, **daß der Völkerbund nicht ein Instrument des Friedens und der Abrüstung, sondern ein Instrument zur Bemäntelung neuer Rüstungen und Vorbereitungen von neuen Kriegen ist?**

Auf die „Entwicklung der internationalen Revolutionsbewegung" hinweisend erklärte Stalin, es seien deutliche Anzeichen von ihrer Belebung in Europa vorhanden. Die Autorität der Komintern wachse überall. Schon die Existenz der Sowjetunion als eines Landes, das den Sozialismus aufbaut, unterhöhlt die Stabilität des Imperialismus, dessen Hoffnungen auf kapitalistische Entartung und Zähmung der Sowjetunion gescheitert sind. Daher die Politik der Isolierung der Sowjetunion, die Politik der Vorbereitung von Voraussetzungen zum Kriege gegen die Sowjetunion, die Belebung der Interventionstendenzen!

Die Aufgaben auf dem Gebiete der Außenpolitik formuliert Stalin folgendermaßen: Kampf gegen die Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege und gegen die Interventionstendenzen Englands, Verstärkung der Wehrfähigkeit der Sowjetunion, Politik des Friedens und der Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu kapitalistischen Ländern, Ausbau des Außenhandels auf Grund der Festigung seines Monopols, Annäherung an die sogenannten nicht vollberechtigten Staaten.

Die Tschechisierung.

Selbst für deutschböhmische Parteidifferenzen tschechische Gerichtssprache.

Prag, 5. Dezember.

Das Prager Wahlgericht hat den Abg. Mayer aus Eger, der vom Bund der Landwirte ausgeschlossen worden war und gegen den Bund die Klage auf Aberkennung des Mandates eingebracht hatte, die Klagebeantwortung zurückgestellt, weil sie in deutscher Sprache eingebracht worden war. Das Wahlgericht verlangt die Einbringung in tschechischer Sprache.

Nach tschechischem Gesetz ist in Prag die Gerichtssprache allerdings tschechisch, weil nicht 20 Proz. Deutsche vorhanden sind; aber hier geht es doch nicht um eine Prager Lokalsache, auch haben die Prozeßparteien ihren „Wohnsitz" nur während der Parlamentstagung in Prag und es handelt sich um eine innere Angelegenheit einer deutschen Partei! Der Landbundleitung, die zur Regierungskoalition gehört, dürfte dieser Vorfall noch übel eingetränkt werden, zumal sie offenbar tschechisch geklagt hat!

Ein neuer Zentrumsabgeordneter. An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Hafer tritt Oberlandesgerichtsrat Cramer aus Hamm als Zentrumsabgeordneter in den Preußischen Landtag ein.

Zeitungshändler Döhring aus Berlin war vom Landgericht Berlin I wegen Vergehens nach § 8 des Republikschutzgesetzes zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Döhring hatte am Potsdamer Platz völkische Zeitungen verkauft und wiederholt ausgerufen: „Wir brauchen keine Judenrepublik!" Gegen das Urteil hatte Döhring Revision eingelegt, die jetzt vom 2. Strafsenat als unbegründet verworfen wurde, weil das Wort Judenrepublik eine Beschimpfung und Herabsetzung der Staatsform bedeute.

Worte — Worte.

Von Paul Gutmann.

Die **Schokoladenfabrikation** leidet bekanntlich unter der Mode der schlanken Linie. Schokolade und andere Süßigkeiten sind fettbildend und werden daher seit Jahren von der zarten Weiblichkeit gemieden. Was tut ein findiger Fabrikant? Er nennt sein Produkt „Schlankola", die Schokolade der Schlankheit, indem er von der richtigen Voraussetzung ausgeht, daß es vor allem auf Worte ankommt, und daß die gewünschten Begriffe sich alsbald einstellen werden.

Dieser Mann ist ein Philosoph, der seine Zeit richtig erkannt hat. Er weiß, daß ein schlau erfundenes Wort die Welt auf den Kopf stellen kann. So glaubte man dem Entsetzlichsten, was die Menschen kennen, dem Krieg, seine grauenhafte Bedeutung zu nehmen, indem man ihn frisch, fromm, fröhlich, frei als Stahlbad der Menschheit bezeichnete. Der Nationalsozialismus ist vom Sozialismus so weit entfernt, wie das viel berufene Kamel vom Nadelöhr, aber ein geschickt erfundenes Wort überzeugt die Dummköpfe vom Gegenteil. Der Adel, der ein Privileg nach dem anderen dahinschwinden sah, wurde als die Gemeinschaft der Edelsten der Nation erklärt, und Oberlehrer verbreiten noch heutigen Tages diesen Wortschwindel. Es ist wie bei manchen Filmpremieren neuester Zeit, wo die Scheinwerfer schon auf der Straße den Passanten blenden, wo es Blumenarrangements und Kränze regnet, wo man den Smoking unter dem Winterpaletot anhat und wo auf der Bühne der gewaltige Film „Die Rutte aus der Mulackstraße" abrollt. Ein Scheingefecht, oder wie der Frankfurter sagt: „Born e Getrommel und hinte kei Soldate." Einen Ball, der von allerhand verdächtigen Zeitgenossen besucht wird, nenne man Elliteball, und die Eintrittsgebühr kann verdoppelt werden.

Die Wortfälschung ist die Hauptdomäne des schlauen Machtpolitikers. Die Geschäftsmarke „deutsch" in Zusammenhang mit irgendwelchen üblen Machenschaften hat bis vor kurzem die Massen geködert. „Deutsche Politik", das soll heißen die Politik der Ehrlichkeit, der Kraft, der Bismarckeiche und der gepanzerten Faust. Was sie in Wirklichkeit ist, haben wir schaudernd erfahren. Leute, die von der Wirtschaft keine Ahnung haben, gründen die Wirtschaftspartei. „Staunend billige Preise" —, ja, wenn die Preise staunen könnten, würden sie es tun. „Hereinspaziert, meine Herrschaften", hier arbeitet ein Astrologe, ein Mann mit einer fabelhaft schönen Bezeichnung für einen wertlosen Humbug, hier zeigt ein Okkultist seine Wunder, an die er selbst nicht glaubt, hier produzieren sich Kubisten, Futuristen und andere -isten, hier kann jeder Idiot in vierundzwanzig Stunden zum Psychotechniker ausgebildet werden. Klassenherrschaft nennt sich Justiz, und zarte Liebe bekommt man in der Cagliostrobar zu kaufen.

Die Herrschaft des Worts ist unbeschränkt und die gefährlichste aller Diktaturen. Taschenspieler aller Art lassen ein leeres Wort aufmarschieren und zaubern scheinbar daraus Tauben, Kaninchen und bunte Seidentücher heraus. Ein großer Teil aller philosophischen Abhandlungen enthält nichts als Worte. Wortsysteme schießen wie Pilze aus der Erde. Heut' ist es der angebliche Weltlehrer Krischnamurti, morgen ein ganz neuer Theosoph und übermorgen der Apostel irgendeines anderen geheimnisvollen Kults, und alle zusammen dreschen nichts als leeres Wortstroh. Im psychoanalytischen Almanach auf das kommende Jahr findet sich eine tiefsinnige Abhandlung über die Wortstreitereien der Scholastiker, über die bekannte Frage, ob Jesus gottgleich oder gottähnlich gewesen sei, ob alle Engel auf einer Nadelspitze Platz haben würden, ob Gott die Welt, wenn er gewollt hätte, besser hätte machen können, ob ein weiblicher Heiland ebenfalls die Welt hätte erlösen können oder gar ein Heiland in Tiergestalt. Bei aller erhabenen Weisheit der Psychoanalytiker über diese uns lächerlich erscheinenden Streitfragen ahnen sie gar nicht, wie tief sie selbst im Aberglauben an das Wort verstrickt sind.

Justis Böcklin-Buch. Gerade zur rechten Zeit, da die Böcklin-Ausstellung in der Nationalgalerie auch zu sehen ist, erscheint Ludwig Justis Führer zur Böcklin-Sammlung in zweiter Auflage. (Verlag Julius Bard, Berlin, Preis 1,50 M.). Dieser vermehrte und mit 15 instruktiven Abbildungen versehene Abdruck aus dem großen Führer „Deutsche Malkunst im 19. Jahrhundert," gibt ein gutes, von keinem Snobismus oder Modegeschmack verschobenes Bild des Meisters. Klug wird das Persönliche gegen das Zeitliche — die Museumskultur — abgewogen.

Ein Londoner Museum für Arbeiterschutz. In London ist ein großes Industriemuseum eröffnet worden, das die Aufgabe hat, „Methoden, Vorrichtungen und Apparate vorzuführen, die für die Sicherheit, Gesundheit und Wohlfahrt der Industriearbeiter bestimmt sind." Dieses Museum, das schon vor dem Kriege geplant war, wurde dann zurückgestellt und ist erst in den letzten zwei Jahren geschaffen worden. Es wird ein umfassender Ueberblick über die modernen Maßnahmen der Gewerbehygiene und des Arbeiterschutzes gehalten.

In der Städtischen Oper wird infolge Erkrankungen am Mittwoch statt Webers „Euryanthe" „Aida" gegeben.

Carl Zuckmayer spricht Donnerstag 8 Uhr an der Lessing-Hochschule über das Thema „Der Autor". (Blüthner- (Sach-) Saal, Lützowstr. 76.)

Unsere Philharmoniker in England. Das Gastspiel der Berliner Philharmonie in London hatte einen großen Erfolg. Von Manchester wird über dasselbe berichtet: „Manchester Guardian" nennt das Konzert vom Sonnabend eine der glänzendsten, wenn nicht die glänzendste Orchesterdarbietung, die je in Manchester gehört wurde. Die Musiker in England könnten Deutschland nur um die Art beneiden, in der es die Gaben seiner Musiker organisiert.

Der Schriftsteller Fedor Sologub ist nach längerer Krankheit in Leningrad gestorben. Er ist in Deutschland durch lyrisch-weiche Kindergeschichten und den Roman „Dämon" bekannt geworden. Er gehörte zu den Hauptvertretern der symbolischen Richtung in der russischen Literatur.

Ein neues Atommodell.

In einem Vortrag über „Wandlungen im physikalischen Weltbild" im Verein deutscher Chemiker führte gestern Professor Reichenbach aus, daß das festgeschlossene Weltbild, das die Physik noch vor 40 Jahren besaß, in den letzten Jahrzehnten vollständig zerstört worden ist, ohne daß es bisher gelang, ein neues einheitliches Weltbild zu schaffen. Die genauere Erforschung alter Tatsachen und die Entdeckung neuer haben beständig neue Theorien zu ihrer Erklärung, d. h. einheitlicher Beschreibung und Zusammenfassung entstehen lassen, ohne daß man sie sämtlich zu einem einheitlichen Bilde zusammenzufassen vermochte. Die Relativitätstheorie hat die alte Vorstellung eines absoluten Raumes und einer absoluten Zeit aufgehoben, die Quantentheorie hat eine atomistische Struktur auch der Energie verlangt, in den inneren Bau des Atoms sind diese Einblicke getan worden. Man faßte das Atom als eine Art Planetensystem auf, in dem ein elektrisch positiv geladener Kern von negativen Elektronen umkreist wird. Der dänische Physiker Bohr schuf das berühmte Atommodell, in dem die Elektronen nicht in beliebige, sondern nur in ganz bestimmten, durch die sogenannten Quantenbedingungen festgelegten Bahnen den Kern umkreisen. Trotz der großen Erfolge, die bei der Durchrechnung dieser Modelle für die einzelnen Stoffe in der Aufhellung ihrer Spektren und chemischen Eigenschaften erzielt wurden, hatten sie für den Chemiker stets etwas Unbefriedigendes, weil das ruhige Kreisen eines Elektrons, ohne dabei zu strahlen, im Grunde im Widerspruch steht mit unseren sonstigen elektrodynamischen Anschauungen und mit der elektromagnetischen Lichttheorie. Den Widerspruch zu lösen versuchte Heisenberg vor zwei Jahren durch die Quantenmechanik, indem er das Bohrsche Modell vollständig aufgab und nur die Gesetze des Strahlenmechanismus zu formulieren versuchte, wobei er auf ein Modell und die damit verbundene Anschaulichkeit überhaupt verzichtete.

Einen zweiten Vorstoß gegen das Bohrsche Atommodell unternahm etwas später der Züricher, jetzt als Nachfolger Plancks nach Berlin berufene Physiker Erwin Schrödinger. Er versuchte, Wellenvorstellungen, die sich in der Elektrodynamik so gut bewährt haben, auch in die Mechanik des Massenpunktes einzuführen. Auch er gibt das Bohrsche Modell auf, führt aber dafür ein anderes Atommodell ein, aus dem sich das Bohrsche als Grenzfall ergibt. Nach ihm besteht das Atom aus einem positiv geladenen Kern, um den rings herum ein negativ elektrischer Schwingungszustand herrscht. Es gibt danach im Atom keine kreisenden Elektronen, sondern der Kern ist gleichsam von einer zitternden Wolke negativer Elektrizität, einem in dauerndem Schwingen begriffenen elektrischen Feld umgeben. Durch Indifferenz kann dabei ein völliges Auslöschen des elektrischen Zustandes bis auf ein kleines, um den Kern laufendes Gebiet eintreten. Das Elektron erscheint danach geradezu als eine Indifferenzerscheinung.

Freilich ergeben sich bei der näheren Durchrechnung für die einzelnen Elemente noch große Schwierigkeiten, so daß die Fassung der Schrödingerschen Gedanken noch nicht als endgültig bezeichnet werden kann. Man kann hoffen, auf dem von Schrödinger beschrittenen Wege dem Ziele eines einheitlichen Weltbildes der Physik näherzukommen.

B—l.

Finnlands Staatsjubiläum.

Deutschland „das Fenster nach Europa".

Vor wenigen Wochen erst feierte die Sowjetunion den Tag ihres zehnjährigen Bestehens. Am heutigen Tage begeht Finnland den gleichen Tag. Das seit hundert Jahren unter der Botmäßigkeit des Zaren stehende, immer mehr oder weniger autonome „Großherzogtum" erklärte sich selbständig und zur Republik. Die Sozialdemokratie hatte zunächst die Mehrheit. Dann bekam, mit Hilfe deutschen Militärs, das Bürgertum wieder die Oberhand. Dennoch konnte sich die Sozialdemokratie behaupten und auch in der Opposition an der Sicherung der demokratischen Staatsgrundlagen mitwirken. Der rechtsgerichtete Staatspräsident Mannerheim wurde von dem Demokraten Prof. Stalberg abgelöst. Vor einem Jahr übernahm die Sozialdemokratie von neuem die Regierungsgeschäfte.

Wirtschaftlich hat sich Finnland bald stabilisiert. Die Arbeitslosigkeit, die heute kaum nennenswert ist, hat auch in der Zeit nach der, freilich nicht den Umfang der deutschen erreichenden Inflation, keinen großen Umfang angenommen. Die Ausfuhr von Rohstoffen — Holz —, Halbfabrikaten —, Zellulose und Nahrungsmitteln — Eier, Butter usw. — nach anderen Ländern ist so stark gestiegen, daß der Ausfall durch die Selbstabsperrung der Sowjetunion mehr als wettgemacht ist.

International hat Finnland seine Selbständigkeit nach allen Seiten behauptet. Mit Ausnahme einer unbedeutenden Minderheit sind sich alle Parteien heute darin einig, keine Bindungen nach irgendeiner Seite einzugehen. So sind die Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen besonderen Nicht-Angriffspakt bei aller grundsätzlichen Bereitschaft ins Stocken gekommen; aber ebensowenig kommt der Anschluß an ein baltisches Staatenbündnis und Polen in Frage. Auch einer baltischen Zollunion wird sich Finnland nicht anschließen, so sehr die regierende Sozialdemokratie die allgemeine Niederlegung der Zollschranken wünscht. Seit dem Herbst ist Finnland Mitglied des Völkerbundsrates.

Die Handelsbeziehungen mit Deutschland sind durch einen Meistbegünstigungsvertrag geregelt, der freilich zurzeit die Ausfuhr von Zellulose nach Deutschland wegen der hohen Zollsätze sehr erschwert. Die politischen Beziehungen sind durch einen Schiedsvertrag festgelegt. Die kulturellen Beziehungen sind seit jeher lebhaft gewesen: Deutschland war seit jeher für Finnland „das Fenster nach Europa". Die finnische Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung ist vielfach nach deutschem Muster geschaffen. Die finnische Sozialdemokratie ist auf den gleichen geistigen Grundlagen wie die deutsche erwachsen.

Der Memelländische Landtag sprach dem neugebildeten Direktorium gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten das Vertrauen aus. Die Großlitauer enthielten sich der Stimme.

Wahltermine in Polen. Der Termin für die Sejmwahlen ist auf den 4. März 1928 und der Termin für die Senatswahlen auf den 11. März 1928 festgesetzt.

D-Zug Berlin-Wien verunglückt

Zusammenstoß mit Güterzug. — 26 Personen verletzt.

Wien, 6. Dezember.

Der Schnellzug Berlin—Dresden—Prag—Wien, der gestern um ½11 Uhr abends hätte eintreffen sollen, ist beim Ausfahrtssignal vor der Station Siegmundsherberg in einen dort stehenden Güterzug hineingefahren. Es sind Hilfszüge an die Unfallstelle abgegangen. Bei dem Eisenbahnzusammenstoß wurden 26 Personen leicht verletzt, die zumeist Beulen davontrugen. Sämtliche Reisende wurden mit dem Hilfszuge nach Wien gebracht wo sie um ½2 Uhr nachts eintrafen. Schwer verletzt wurde ein Zugbegleiter und nicht ganz so schwer verletzt eine Dame aus Wien. Dr. Richard Strauß und seine Frau, die sich im Zuge befanden, blieben unverletzt. Alle Reisenden, mit Ausnahme der erwähnten Dame, die in das Hospital von Eggenburg gebracht wurde, konnten sich nach ihrer Ankunft in Wien, ohne ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, nach Hause begeben. Vom Güterzug wurden vier Wagen vollständig zertrümmert und umgeworfen. Der Dienstwagen und ein weiterer Wagen des Güterzuges entgleisten. Der Lokomotivtender, Dienstwagen und ein Personenwagen des Schnellzuges entgleisten. Der Verkehr auf der Strecke von und bis Siegmundsherberg ist bis auf weiteres nur durch Umsteigen möglich.

Ein weiteres Telegramm meldet:

Der bei dem Zusammenstoß in Siegmundsherberg schwer verletzte Zugbegleiter Joseph Wolf aus Wien, dem beide Beine abgefahren wurden, ist nachts gestorben. Die Namen der leichtverletzten Reisenden sind nach Mitteilung des Vorstands des Franz-Joseph-Bahnhofs dort nicht bekannt, da sie nach Ankunft in Wien, wie gemeldet, ohne Inanspruchnahme weiterer ärztlicher Hilfe den Bahnhof verließen. Da die Gleise in Siegmundsherberg noch verlegt sind, wird der Personenverkehr nach Möglichkeit durch Umsteigen aufrechterhalten. Wegen der durch Rauhreif gestörten Telegraphenleitungen konnte der Umsteigeverkehr für den Berliner D-Zug Nr. 61 noch nicht eingeleitet werden. Dieser Zug verkehrt vorläufig nur bis Siegmundsherberg.

Wien, 6. Dezember.

Bei dem Eisenbahnunglück von Siegmundsherberg sind 26 Personen verletzt worden, und zwar zum größten Teil leicht; einige wurden von der Wiener Rettungsgesellschaft bei ihrer Ankunft in Wien behandelt, u. a. der Kaufmann August Baginsky aus Berlin, der eine Verstauchung der rechten Hand erhielt. Bei dem heftigen Anprall sind auch einige Telegraphenstangen umgelegt worden. Der Unfall dürfte sich dadurch ereignet haben, daß der Lastzug infolge Maschinendefekts gezwungen war, auf der Strecke langsam zu fahren und der D-Zug erst im letzten Augenblick das Schlußlicht des voranfahrenden Güterzuges bemerkt hat. Der Zugbegleiter Josef Wolf ist gestorben.

Justiz und Presse.

Vor dem Landgericht I fand am Sonnabend die Berufungsverhandlung in der Sache des verantwortlichen Redakteurs der „Welt am Abend", Hurtig, statt. Hurtig hatte gegen den Landgerichtsdirektor Dr. Bombe und die beiden Beisitzer anläßlich der Außerhaftlassung des Landgerichtsdirektors Jürgens beleidigende Vorwürfe erhoben. Von der ersten Instanz war Hurtig zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er war verständig genug, seine Berufung auf das Strafmaß zu beschränken. Dr. Paul Levi wies auf die Erregung hin, die die Maßnahmen der Justiz auslösen mußten, nachdem der Staatsanwalt 2½ Jahre Zuchthaus beantragt hatte. Das Gericht hatte Einsicht und milderte die Strafe von fünf Monaten auf einen Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung berief sich der Vorsitzende einmal auf die Bedeutung der Presse, die nicht allzu sehr eingeschränkt werden dürfe, und, zum anderen, auf den Umstand, daß Hurtig nicht Verfasser des Artikels, sondern nur verantwortlicher Redakteur sei.

Die Tragödie der Jugendlichen.

Das Befinden der Gasvergifteten verhältnismäßig gut.

Die Tragödie der fünf Jugendlichen, die, wie wir im Morgenblatt berichteten, einen gemeinsamen Selbstmordversuch durch Leuchtgas in der Helmholtzstraße 35 unternahmen, hat noch keine weitere Klärung gefunden. Die jungen Leute, der 18jährige Alex M., der 22jährige Walter B. und der 23jährige Walter K., die im Moabiter Krankenhaus Aufnahme gefunden haben, und die 20jährige Erna M. aus Pankow, die in das Westend-Krankenhaus übergeführt wurde, weigern sich, über die näheren Motive zu dem gemeinsamen Verzweiflungsschritt etwas auszusagen. In den Taschen der jugendlichen Selbstmordkandidaten wurden Zettel vorgefunden, auf denen mit Bleistift geschrieben stand, daß alle fünf im gegenseitigen Einverständnis den Tod suchen wollten.

Einer der jungen Männer schrieb: „Den Grund zur Tat — nehme ich mit ins Grab." Zum Glück ist die Tat im letzten Augenblick entdeckt worden, so daß die Folgen der Gaseinatmung auf die jungen Leute kaum gesundheitsschädliche Nachteile haben werden. Vor allen Dingen wird stark angezweifelt, ob die jungen Leute nur wegen der Erwerbslosigkeit (sie wohnten mit Ausnahme des M. sämtlich bei ihren Angehörigen) den Entschluß zum Selbstmord gefaßt hatten. Der Alkohol mag hierbei eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben, denn nach den Aussagen der 18jährigen Ella F. aus der Waldstraße leerten die fünf Menschen im Verlaufe von drei Stunden zwei Flaschen Kognak. — Das Gespräch kam dann wieder unvermittelt, wie mehrfach in letzter Zeit, darauf, daß das Dasein recht unlebenswert sei. Es folgte der spontane Entschluß, den Gasverschluß zu lösen und den Tod abzuwarten. Hauptsächlich dem Umstand, daß der junge M. wieder zur Besinnung kam, entsetzt hinausstürzte und die Nachbarn alarmierte, ist es zum größten Teil zu verdanken, daß die Tragödie nicht ihre Todesopfer gefordert hat.

•

Selbstmordversuch eines Dreizehnjährigen. Der dreizehnjährige Schüler Helmut A. aus der Slabystraße in Oberschöneweide versuchte gestern abend gegen 7 Uhr seinem Leben ein Ende zu machen, indem er sich in der Wohnung einer befreundeten Familie in der Hobrechtstraße erhängte. Er wurde aber noch rechtzeitig aufgefunden und konnte ins Leben zurückgerufen werden. Die Polizei nahm den Jungen in Schutzhaft, doch war bisher trotz allen Befragens der Beweggrund zu der Tat nicht festzustellen.

Noch eine Gaskatastrophe.

Ein Kind tot, ein Untermieter dem Tode nah.

Eine schwere Gasvergiftung, bei der ein 8 Monate altes Kind den Tod fand und ein 30jähriger Untermieter in bedenklichem Zustande in das Moabiter Krankenhaus übergeführt werden mußte, wurde heute früh im Hause Siemensstr. 5 entdeckt.

Gegen ½5 Uhr erwachte die Frau des Arbeiters F. plötzlich und bemerkte einen starken Gasgeruch, der das Schlafzimmer erfüllte. Nichts Gutes ahnend, eilte sie auf den Korridor und entdeckte, daß sich die Verschlußschraube vom Gasautomaten gelöst hatte. Die Gase hatten ihren Weg in die Küche genommen und das 8 Monate alte Kind der Eheleute betäubt. Die Frau eilte in Begleitung ihres Mannes mit dem Kinde in das Moabiter Krankenhaus, wo die Aerzte jedoch nur noch den Tod feststellen konnten. Als die Leute von dem traurigen Gang in ihre Wohnung zurückkehrten, hörten sie lautes Röcheln. In einer Kammer neben der Küche schlief nämlich der 30jährige Untermieter Walter Kunze, der gleichfalls durch die ausströmenden Gase betäubt worden war. In der ersten Aufregung hatte das F.sche Ehepaar nicht an den Mann gedacht und war ins Krankenhaus geeilt. Die sofort alarmierte Feuerwehr nahm Wiederbelebungsversuche vor, die nach längerer Zeit auch von Erfolg gekrönt waren. Sein Zustand war aber so bedenklich, daß der Arzt die Ueberführung in das Moabiter Krankenhaus verordnete. Von den Gaswerken ist inzwischen eine technische Untersuchung des Gasautomaten vorgenommen worden. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß sich der Verschluß durch Erschütterungen selbst gelöst hat.

Gastod einer Familie in Köln.

In ihrer Wohnung in der Follerstraße in Köln a. Rh. wurden der 42jährige Schlosser May, dessen 39jährige Ehefrau und deren zwei Töchter im Alter von 18 und 15 Jahren durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Die Familie lebte in geordneten Verhältnissen und war allgemein sehr beliebt. Wie die polizeiliche Untersuchung ergab, liegt Selbstmord vor.

Der Anschlag auf den Tresor.

Die Bankeinbrecher noch nicht gefaßt.

Die Einbrecher, die den mißglückten Anschlag auf den Banktresor am Savignyplatz unternahmen, sind noch nicht gefaßt. Im Laufe des gestrigen Nachmittags erschienen wiederholt Kunden der Bank im Gebäude, um sich nach ihren Werten umzusehen. Sie konnten bald beruhigt werden. Selbst wenn die Einbrecher das Schloß freigelegt hätten, so wären sie noch lange nicht in den Tresor gelangt. Der Angriff auf die Feuerschutzvorrichtung hätte dann vielmehr bewirkt, daß zwei Riegel von selbst vorgefallen wären. Die Verbrecher hätten sich an die 80 Zentimeter starke Wand heranmachen müssen und um diese zu durchbrechen, wären eine Reihe von Tagen notwendig gewesen. Das Publikum kann also vollständig beruhigt sein.

Die Anwendung von Sprengstoffen, die die Kriminalpolizei in einigen wenigen Fällen verzeichnet, ist für die Verbrecher mindestens ebenso gefährlich wie für die Tresors. Das beweisen die bisher festgestellten Versuche in Belgien und in Berlin. In Belgien kamen bei der Explosion des Sprengstoffes, der in den Schloßkasten eingeblasen worden war, zwei Verbrecher ums Leben. Der einzige Fall in Berlin trug sich in der Nacht zum 6. Oktober in der Mäntelfabrik von A. L. Kohn in der Kleinen Jägerstraße 3/4 zu. Die Geldschrankeinbrecher durchschnitten damals ein Drahtgitter vor dem Fenster auf dem Hausdach, stiegen so ein, öffneten mehrere Korridortüren und gelangten auf diesem Wege in die Kontorräume der Firma im zweiten Stock. Mit einer Spritze oder einem ähnlichen Werkzeug führten sie auch hier Sprengstoff in den Schloßkasten ein, legten eine Zündschnur an und warteten aus einiger Entfernung auf die Wirkung. Als sie länger ausblieb, als sie vermutet hatten, kroch einer der Verbrecher an den Geldschrank heran, um nachzusehen, ob die Schnur noch glimme. In diesem Augenblick erfolgte die Explosion. Die Tür des Schrankes flog auf und schlug mit solcher Wucht dem Verbrecher an den Kopf, daß er mit zertrümmertem Schädel tot liegen blieb.

•

Die Direktion der Dresdner Bank hat auf die Ermittlung und Ergreifung der Bankräuber eine Belohnung von 200 M. ausgesetzt.

Sinfonie-Konzert der Schupo.

Ein wirklich schöner, genußreicher Abend bei den Schupo-Musikern in der Hochschule für Musik. Zuerst Kanns C-Moll-Sinfonie, dies prächtig-gestraffte Werk, von einer oft faszinierenden künstlerisch durchlebten Sachlichkeit, am stärksten das Scherzo und das Finale. Dann Hans Wassermann, der große Könner auf der Geige, der mit virtuoser Technik und vornehmstem Strich den Solopart eines Tschaikowskyschen Konzertes spielte, trefflich assistiert von einer wohldisziplinierten orchestralen Gefolgschaft, aus der besonders die erste Geige und ein paar Bläser hervorragen. Zum Schluß Till Eulenspiegel von Richard Strauß, dies ungemein kapriziöse Werk mit allen Raffinements Straußscher Tonführung und Instrumentalbesetzung. Die wackeren Musiker haben unter der feinsinnigen Leitung ihres Führers, Camillo Hildebrand, schon ein gutes Stück Weg künstlerischen Schaffens zurückgelegt. Das vollbesetzte Haus, unter dessen Gästen man Staatsminister a. D. Severing, Reichstagspräsidenten Gen. Löbe, Polizeivizepräsident Dr. Weiß, Oberst Heimannsberg, den Komponisten Hugo Kaun und andere mehr bemerkte, dröhnte von wahren Beifallsstürmen. Dies Mitreißen großer Massen musikalischer Laien zu solch heller, ungekünstelter Begeisterung ist vielleicht ein stärkerer kultureller Erfolg, als die schwache Befriedigung blasierter Musik-Gourmets.

Taubenausstellung. Der Taubenverein „Altona" veranstaltete wie alljährlich so auch in diesem Jahre eine Ausstellung Brunnenstr. 140. 396 Tauben, die alle in Berlin ansässig sind, waren zur Schau gestellt. Ueberwiegend sah man Berliner Blaubunte, die sich hier unvermindert großer Beliebtheit erfreuen und für die man daher auch, falls sie überhaupt verkäuflich sind, Sportpreise fordert. So sagt man, daß unter 100 Mark eine erstklassige Blaubunte nicht zu haben ist. Eine neue Zuchtrichtung, die gute Ergebnisse verspricht, ist die Berliner Schwarzbunte. Sie wurde aus der Berliner Langen und der Englischen Elster gezüchtet, welche Elternschaft überdies auf der Ausstellung in hochwertigen Exemplaren vertreten war. Die ganze Ausstellung bot dem Züchter Anregung und Ansporn.

Ein Weihnachtshilfswerk der Jugend.

Um verarmten Alten die Not des Lebensabends zu lindern und den Kindern der Aermsten aus dem Dunkel ihrer Jugend herauszuhelfen, hatten sich schon vor fünf Jahren junge Menschen der verschiedensten politischen Bekenntnisse, von den Demokraten angefangen bis ganz nach links hinüber, im Jugendarbeitskreis „Hilfe" zusammengeschlossen. Die Gemeinschaft der jungen Herzen, die sich die praktische Menschenliebe zum Ziel gesetzt hat, ist bis zum heutigen Tage zusammengeblieben und sieht sich am Ende ihrer diesjährigen Arbeit vor eine der schönsten Aufgaben gestellt: es gilt, den betreuten Alten und Jungen eine Weihnachtsfeier zu bereiten, auf der sie vor allem mit nützlichen Sachen beschenkt werden sollen. Und weil dafür die eigenen Mittel nicht ausreichen, geht man mutig auf die Suche nach Menschen, die Freund und Spender sein wollen. Eine am Sonntag vormittag im Bürgersaal des Rathauses veranstaltete „Morgenfeier" sollte die Helfer werben. Es war eine Veranstaltung von starkem künstlerischen Reiz. Vier Künstler, deren Selbstlosigkeit zu tiefem Dank verpflichtet, gaben durch ihr großes Können der Stunde einen seltenen Wert. Gertrud Eysoldt sprach, wie immer voll Sturm und Glut, Dichtungen von Nietzsche, Lenau, Verlaine und Wittmann. Rosa Roth erzählte ganz entzückend Heiteres von Altenberg, Busch und Heine; Genia Guszalewicz (von der Staatsoper) sang und fand in Hans Baer als Begleiter einen Meister am Flügel. Sie alle ernteten stürmischen Beifall. Und nach ihnen stieg ein schmales Mädchen auf das Podium, deren Augen, besser als der Mund es konnte, beschwörend baten, am guten Werk zu helfen. Es werden noch viel Sachen — Mäntel, Röcke, Kleider, Strümpfe, Stiefel, Spielzeug — gebraucht. Wer etwas übrig hat, soll die Sachen (oder auch Geld) an die Jugendarbeitskreise „Hilfe" (Herbert Schoen), Berlin NO, Braunsberger Str. 21, schicken.

Professor Rudolf Reunzig gestorben. In Berlin-Hermsdorf ist Genosse Professor Rudolf Reunzig im Alter von 64 Jahren einer Herzlähmung erlegen. Mit ihm ist zu früh ein Mann dahingegangen, der mit vortrefflichen Geistesgaben einen starken Willen verband, den er ganz in den Dienst der freiheitlichen und kulturellen Bewegungen unserer Zeit gestellt hatte. Der Partei hatte er sich schon 1911 als Oberlehrer am Dorotheenstädtischen Realgymnasium in Berlin angeschlossen. Wenn es nach der Schulverwaltung und ihrem Klüngel gegangen wäre, hätte man ihm damals wegen seiner Haltung bei den üblichen Hurrafeiern und dem Mitbringen des „Vorwärts" in die Schule den Prozeß gemacht. Nach der Revolution war er zusammen mit seinem Bruder, dem bekannten Ornithologen und Tiermaler Karl Reunzig, die treibende Kraft zum Wiederaufbau und zur Erstarkung der Sozialdemokratischen Partei in Hermsdorf und Umgegend. Persönlich von großer Anspruchslosigkeit und Hilfsbereitschaft, kannte er allerdings bei der Wahrnehmung der Interessen der Republik und der Partei keine Lauheit und Nachgiebigkeit. Im Parteileben genoß er das uneingeschränkte Vertrauen der Mitglieder. Seine unfreiwillige Muße hat er mit schriftstellerischen Arbeiten, mit seiner von der Gerichtsbehörde als vorbildlich anerkannten Schiedsmannstätigkeit und der Verwaltung der Volksbücherei am Orte ausgefüllt. Für alle, die ihn gekannt haben, wird er als Vorbild eines Sozialisten und Republikaners in der Erinnerung weiterleben.

Totale Mondfinsternis. Am Donnerstag, 8. Dezember, findet eine totale Mondfinsternis statt, deren ganzer Verlauf in Berlin sichtbar ist. Sie beginnt um 16.52 Uhr, etwa eine Stunde, nachdem der Mond aufgegangen ist und endet um 20.18 Uhr. Die Totalität dauert von 17.55 Uhr bis 19.15 Uhr. Allen Besuchern der Treptower Sternwarte ist auf der Plattform des Instituts besonders gute Gelegenheit zur Beobachtung geboten, auch stehen kleine Fernrohre hierfür zur Verfügung. Wer einen photographischen Apparat besitzt, kann ihn mitbringen und nach dort gegebenen Anweisungen Aufnahmen von der Mondfinsternis machen.

Weitere Einwanderungsbeschränkungen in den Vereinigten Staaten? Dem Repräsentantenhaus ist eine Vorlage zugegangen, wonach die Einwanderung während der kommenden fünf Jahre, und zwar ab 1. Juli 1928 um jährlich 10 Proz. verringert werden soll. Die Jahresquote soll nach dieser Periode ein Prozent jeder Nation betragen.

Freie Sozialistische Hochschule. Wegen Verhinderung des Genossen G. Ka[illegible]lki fällt der Seminarabend am Dienstag, 6. Dezember, aus.

Verhandlungen bei der Reichsbahn.

Ueber die Ortslohnzuschläge.

Am Donnerstag beginnen die Verhandlungen in Berlin über die Ortslohnzuschläge für die Eisenbahner. Die Verhandlungen sollen bis Sonntag, den 18. Dezember, beendet sein, so daß die festgesetzten Zulagen noch vor Weihnachten ausgezahlt werden können.

Folgen eines polnischen Kohlenkontingents.

Schutzforderungen der Gewerkschaften.

Die unterzeichneten Verbände bzw. ihre Bezirksleitungen in Oberschlesien ersuchen uns um Veröffentlichung folgender Entschließung:

„Den unterzeichneten Organisationen ist bekannt geworden, daß ein Kohlenkontingent von 200 000 Tonnen der polnischen Regierung angeboten worden ist. Nachdem dies geschehen, fühlen sich die Organisationen verpflichtet, wenigstens dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschoberschlesien nicht unnötig vermehrt wird und die arbeitslos werdenden Arbeitskameraden sofort anderweitig untergebracht werden. Sie verlangen deshalb, daß auf der deutschen Seite bei Beginn der polnischen Kohleneinfuhr in erster Linie die Arbeiter aus Ostoberschlesien entlassen werden und daß der polnischen Seite das Kontingent nur unter der Bedingung zugestanden wird, daß sich die ostoberschlesischen Gruben verpflichten, die in Deutschland infolge des Kontingents abgebauten, in Ostoberschlesien wohnenden Arbeiter ohne Rücksicht auf die Nationalität sofort einzustellen."

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, gez.: Koffahl.
Deutscher Metallarbeiterverband, gez.: Syguda
Gewerkverein christl. Bergarbeiter, gez.: Willenberg.
Gewerkverein Hirsch-Duncker, gez.: Neumann.
Polnische Berufsvereinigung, gez.: Wytczak.
Polnischer Zentralverband, gez.: Trabalski.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Dem Reichswahlausschuß der freien Angestelltenverbände liegen über die Wahlen der Angestelltenversicherung die Ergebnisse aus weiteren 50 Wahlkreisen vor. Das Gesamtstimmenergebnis ist nunmehr folgendes: Es haben erhalten: **Allgemeiner freier Angestelltenbund** 235 097 **Stimmen**, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 228 467, Gewerkschaftsbund der Angestellten 202 438, sonstige Hauptausschußverbände 58 896, 17 Frauenberufsverbände 79 661.

Es stehen nunmehr noch die Wahlergebnisse aus den kleinen Wahlkreisen aus. Mit dem endgültigen Gesamtergebnis dürfte in den nächsten Tagen zu rechnen sein.

Krankenkassenwahl bei der Schließgesellschaft.

Bei der Berliner Wachgesellschaft und deren Tochterunternehmen besteht seit zwei Jahrzehnten eine Betriebskrankenkasse. Obwohl zirka 700 Beschäftigte in Frage kommen, entsprechen die Leistungen der Kasse nicht den berechtigten Wünschen eines großen Teiles der Versicherten.

Auf Grund neuer gesetzlicher Bestimmungen ist die Aufstellung einer Liste gesetzliches Recht der Berufsorganisation. Dabei bleibt es den Versicherten überlassen, eine andere Liste aufzustellen. Nachdem das Wahlausschreiben für die vorzunehmenden Neuwahlen im Oktober d. J. herauskam, reichte der Deutsche Verkehrsbund eine Liste ein. Daß nur organisierte Kollegen und auch einige Funktionäre vorgeschlagen wurden, ist eigentlich selbstverständlich.

Sofort setzte eine Agitation unter den Wächtern ein unter dem Kampfruf: „Der Verkehrsbund beabsichtigt die Auflösung eurer (?) Kasse. Ihr sollt zur Ortskrankenkasse." Es fanden sich auch Leute genug, die der Ansicht sind, die Wünsche der Direktion müssen unter allen Umständen erfüllt werden.

Obwohl für die Besserstellung der Wächter kein Geld vorhanden ist, überschwemmte man nun die Wächter mit Flugblättern, herausgegeben von der Geschäftsleitung.

Hatte man im Laufe der Jahre eine Mitgliederversammlung nicht für notwendig gehalten, so wurden solche jetzt sogar in den Inspektionen abgehalten. Hier wurde der Verkehrsbund von Unorganisierten, Kontrolleuren und Inspektoren angepöbelt. Obwohl diese Herren sonst angeblich mit Arbeit überlastet sind, sprangen sie in die Bresche, um den Wünschen der Direktion gerecht zu werden. Bei Aufstellung der Direktionsliste scheute man sich nicht, wenn der Wächter eine Kandidatur ablehnte, bei der Frau den Versuch zu machen, sie dahin zu bringen, auf ihren Mann einzuwirken, doch zu kandidieren.

Durch diese Art der Agitation haben sich die Wächter einschüchtern lassen und zum großen Teil der Direktionsliste die Stimme gegeben. Sie haben sich nicht die Frage vorgelegt, aus welchem Grunde wohl die Direktion Geld übrig hat, um einer ihr angenehmen Liste zum Siege zu verhelfen. Ueber die Wahl selbst wird beim Versicherungsamt noch zu reden sein.

Gauleiterkonferenz der Fabrikarbeiter.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hielt am 2. Dezember in Hannover eine Gauleiterkonferenz ab, die sich mit der Lohn- und Tarifpolitik der Organisation beschäftigte. Von den Rednern des Vorstandes, den Verbandssekretären für Lohn- und Tarifwesen, Großmann und Partzsch, wurden bei der Besprechung der recht bedeutsamen Erfolge des Verbandes im letzten Jahre hervorgehoben, **daß die Höhe der erreichten Erfolge in den einzelnen Bezirken und Industriegruppen stets im Einklang stand mit der Stärke der Organisation.**

Die Erhöhung der Zölle und der Mieten, sowie die allgemeine, durch die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung begünstigte Preissteigerung der Konsumgüter haben es leider verhindert, daß die nominellen Lohnerhöhungen sich in einer entsprechenden Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiterschaft voll auswirkten.

In dem Gesamtarbeitsvertrag für die Papiererzeugungsindustrie konnten die Bestimmungen über die Arbeitszeit ganz beträchtlich verbessert werden. Es ist hier gelungen, jene Reste der Inflationswirkungen, die noch in einer kleinen Zahl von Betrieben in der Form des Zweischichtensystems bestanden, aufzuheben und dem Achtstundentag auf der ganzen Linie zum Siege zu verhelfen.

Auf dem Verhandlungswege gelang es, Verbesserungen des Reichsmanteltarifs für die chemische Industrie durchzusetzen. U. a. wurde vereinbart, daß bei Tariferhöhungen die Akkordlöhne in derselben prozentualen Höhe wie die Tariflöhne zu steigern sind. Außerdem brachte die Vereinbarung eine Bereinigung strittiger Auslegungspunkte. In der Porzellanindustrie wirkten sich die Aussperrungen im Frühjahr dieses Jahres zugunsten der Organisation aus. Ebenso konnten in der Glasindustrie in den einzelnen Sparten erhebliche Erfolge erzielt werden. Als Folge der Ueberstundenzuschläge kann ganz allgemein beobachtet werden, daß bei den Unternehmern die Neigung für Ueberstundenarbeit erheblich zurückgegangen ist.

In der Besprechung über die einzuschlagende Taktik bei den kommenden Lohn- und Tarifbewegungen wurde von allen Rednern die Notwendigkeit strengster Disziplin hervorgehoben. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

G. R.

Albert Thomas im Industriegebiet.

Wie das „Berliner Tageblatt" aus Genf meldet, wird der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, von Paris aus eine Reise in das rheinisch-westfälische Industriegebiet antreten. Er wird Frankfurt, Köln, Duisburg und Essen besuchen und am nächsten Sonntag in Düsseldorf einen Vortrag über „Völkerbund und Frieden" halten.

(Im Reiche der Nordwestlichen wäre ein Vortrag über das Achtstundentagproblem wohl aktueller. Red. d. „V.")

Der Eisenbahnerstreik im Saargebiet.

Die Streiklage bleibt unverändert, da Einigungsverhandlungen bisher von keiner Seite angebahnt worden sind. Es befinden sich annähernd 9000 Eisenbahnarbeiter im Streik. Der Güterverkehr ist auf das äußerste eingeschränkt. Die Feuerwehren sind aufgefordert worden, sich bei eintretendem Schneefall zur Straßenreinigung bereitzuhalten. Die Ausständigen sehen dem Ausgang des Streikes zuversichtlich entgegen.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Wie alljährlich, so findet auch in diesem Jahre, am 23. Dezember 1927, eine Weihnachtsfeier der Arbeitslosen, verbunden mit Kinderbescherung, unserer Organisation statt. Alle arbeitslosen Verbandskollegen haben unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches die Anmeldung im Bureau, Melchiorstr. 28, in der Zeit von 8 bis 4 Uhr vorzunehmen. Schluß der Anmeldung nebst Angabe der Kinderzahl am Freitag, dem 16. Dezember 1927. — Die Weihnachtsfeier selbst findet im großen Saal des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, nachmittags 3 Uhr statt.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat nicht, wie verschiedene bürgerliche Blätter gemeldet haben, in Luxemburg die Druckerei des „Escuer und Luxemburger Tageblatt" aufgekauft. Die Meldung, daß der IGB. nach Luxemburg übersiedeln wolle, ist also eine Ente.

Für die ausgesperrten Zigarrenarbeiter sind nachfolgende Gelder bei uns eingegangen: Von den Buchdruckern der „Berliner Hausfrau" 50 M., vom Bezirksparteitag der KPD. 207,45 M., vom Reichsbanner, Kreisverein Kreuzberg, 200 M. Worüber wir hiermit dankend quittieren.

Deutscher Tabakarbeiterverband, Ortsgruppe Berlin,
An der Stralauer Brücke 6 I.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingenhäfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ephan; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

KINO-TAFEL

Programm für die Zeit vom 6. bis 8. Dezember

BTL
Potsdamer Straße 38
Verlängert:
Chang
Dazu: Alaskas weiße Wunderwelt

Turmstraße 12
König Harlekin
Dazu: Seidene Strümpfe.

Rheinstraße 14
Verlängert:
Die berühmte Frau
Dazu: § 182. Minderjährig.

Odeon, Potsdamer Str. 75
Wochenendzauber
mit Harry Liedtke.

Alexanderstr. 39-40 Passage
Die Ausgestoßenen.
Dazu: Rummelplatz „Wildwest"

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 48
Leichte Kavallerie.
Auf der Bühne:
Berlin ohne Hemd.

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Buster Keaton, der Student
Ferner: Die weiße Spinne. Bühnenschau.

Passage-Lichtspiele, Bln.-Neukölln, Bergstr. 151/52
Alpentragödie
Ferner: Die Königin des Varietés Bühnenschau.

Film-Palast Kammersäle Teltower Straße 1-4
Wochenendzauber
mit Harry Liedtke
und das große Beiprogramm

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Carlo Aldini in
Der Mann ohne Kopf
Ferner: Die vom Schicksal Verfolgten

Wenn Sie den guten
Kapitän-Kopenhagener-Kautabak
einkaufen,
fordern Sie nicht einfach nur Dänischen Kautabak,
sondern ausdrücklich
Kapitän-Kopenhagener
Dieser wird nur in Papier verpackt geliefert; unverpackte Ware ist gefälscht, meist wertlos.
Verkaufsstellen durch C. Röcker, Berlin NO., Lichtenberger Str. 22. — Telephon: Königstadt 3861

Vitamine — Sonnen-Energie enthält
Karl Baschin's
Medizinal-Lebertran
seit Jahrzehnten als bester Lebertran bekannt.
Durch nichts zu ersetzen bei rachitischen und skrofulösen Kindern, bei Unterernährten und Lungenkranken.
Haupt-Niederlage:
Löwen-Apotheke, Berlin C., Jerusalemer Straße 30.
Jetzt beste Zeit.

Mäntel, Pullover, Kleider
das sind die schönsten
WEIHNACHTS-GESCHENKE
Pelzbesetzte Mäntel mit ganz vorzüglich. Fellen in allerbesten Ottomanstoffen . . . 89.— 79.— 69.— **59.00**
Sealplüsch-Mäntel aus bestem Sealplüsch 145.— 118.— 89.— 69.— **49.75**
Plüschbesetzte Mäntel 36,75 29,75 19,75 16,75 **13.75**
Pullover in den herrlichsten Farben, das Entzücken der Damen 18,75 11,75 8,50 **3.90**
Reizende Tanzkleider in d. leuchtendsten Farben u. schönsten Macharten . . . 48.— 36,75 26,75 18,75 **16.75**
Aparte Wollkleider in besten Stoffen 36,50 29.— 24.— 19,75 **16.75**
Pelze, Mäntel, Kinder-Mäntel
Jeder Artikel in den allergrößten Welten
Das Schönste, Preiswerteste und Billigste bringt
W. Bernhard Nachf.
Belle-Alliance-Str. 105 und 101, am Halleschen Tor

Soweit Vorrat reicht! Frisch geschlachtete junge, zarte Fett-
Gänse 1.20
12 b. 18 Pfd. schwer, einzig i. Geschmack
Wegner, Berlin SO Mariannenstraße 34 im Gänsekeller.

Blumenspenden
jeder Art
liefert preiswert
Paul Golletz.
vorm. Robert Meyer
Marianenstraße 3, Ecke Naunynstraße
Amt Moritzpl. 168 03

Herren-Maß-Schneiderei
„ALEXECK"
Gontardstr. 3, II. Etg., Ecke Königstr.
Erstklassige Stoffe. Solide Preise.
Ratenzahlung ohne Preisaufschlag.

Eisu-Metall-Betten,
Kinderbetten, Stahlmatr., günst. an Priv. Kat. 2049 fr. Eisenmöbelfab. Suhl (Thür.)

HERDE
FÜR KOHLE UND GAS
auch bis zu
18
Monats-Raten

VERLANGEN SIE SONDERANGEBOT
Raddatz & Co
Berlin, Leipzigerstr. 122/123

Max Busse
Brunnenstr. 175/177
BERLIN N (an der Invalidenstraße)

Fachmännisch geleitetes Spezialgeschäft für Uhren aller Art, Juwelen, Gold- und Silberwaren
Weihnachts-Ausstellung in 10 Schaufenstern
Wundervolle Neuheiten in Schmucksachen
Ueber 500 verschiedene Taschen- und Armbanduhren von 3.— Mk. an
Großes Lager in Stand- u. Wanduhren
Nur gute Ware zu billigsten Preisen in größter Auswahl
Guter Gebrauchswecker 2.50 Mk.

Geschenkliteratur
Ganzleinen geb. mit Deckelpressung
ADOLPH HOFFMANN
AMORETTEN
Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe — 104 Seiten stark. —
V. Pädagogen, Aerzten, Juristen und Presse glänzend beurteilt
Spätherbstblüten
Gereimte und unger. Lebensbilder
Mit Porträt u. Faksimile des Verfass. sowie 6 Vollbilder u. Sichelvignette auf Kunstdruckpapier von WILLI STEINERT
Jedes Buch kostet gebd. **2 M.** Porto u. Verpackg. 0,25 M.
Zu beziehen durch:
Sämtliche Vorwärts-Ausgabestellen und deren Botenfrauen

Herrenkleider-Fabrik
gibt bis auf weiteres Anzüge Ulster, Paletots zu Fabrikpreisen ab. Bitte, überzeugen Sie sich.
Kaiser-Wilhelm-Straße 24, I Tr.

Betten-Schonert
Oranienstr. 12 Eckhaus Heinrichpl.

Deckbetten	12.—	24.—	41 —	55.—
Unterbetten	10.—	15.—	32.—	43.—
Kopfkissen	4.—	7.—	12.—	19.—
Steppdecken	13.—	15.—	18.—	20.—
Daunendecken	48.—	60.—	80.—	95.—
Metallbetten	15 —	18.—	21.—	24.—
3tlg. Matratz. u. Kollk.	15.—	18.—	24.—	27.—

Bettenreinigung mit neuesten Maschinen — Abholung und Lieferung kostenlos.
Anruf Moritzplatz 833.

Oskar Wollburg
BERLIN N + BRUNNENSTR. 56
Eine Überraschung zum Weihnachtsfest!
Wollburg gibt wieder auf Teilzahlung:
Ottomane-Mäntel von 34.- an Sealplüsch-Mäntel von 45.- an
Gratis!! Bei Einkauf von 30.— an Stoff zum Wollkleid Gratis!!